

Gedanken zu einer nachhaltigeren Gestaltung der europäischen Wirtschaft

Die bedingungslose Liberalisierung des Welthandels führte einerseits zu einer partiellen Deindustialisierung Europas, andererseits zu einer ausgelagerten Produktion unter teilweise sklavenähnlichen Zuständen in sogenannten Billiglohnländern. Die Rahmenbedingungen ermöglichen unter dem Schlagwort der „Wettbewerbsfähigkeit“ überdies die Durchsetzung eines schleichenden Sozialdumpings, das einen zuvor aufgebauten breiten Mittelstand in Westeuropa langsam mehr und mehr ruiniert. So konnte in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts selbst ein Hilfsarbeiter in Deutschland oder Österreich als Alleinverdiener eine vierköpfige Familie sehr gut erhalten, was heute schon fast undenkbar ist, obwohl durch technologische Errungenschaften eigentlich eine Verbesserung zu erwarten gewesen wäre. Zur Vermeidung der heutigen Zustände hätte man den Abbau der Handelsschranken und Zölle ab den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts an die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards in der Produktion knüpfen sollen.

Es bedarf nun endlich hoher einheitlicher ethischer **SOZIAL- UND UMWELTMINDESTSTANDARDS FÜR ALLE IM EUROPÄISCHEN BINNENMARKT GEHANDELTEN PRODUKTE**,^[*] egal ob diese innerhalb oder außerhalb der Union produziert wurden. Dies ist realistischer Weise nur mit Übergangsfristen umzusetzen. Für eine volkswirtschaftlich gesehen ausreichende Kontrolle der Einhaltung würden durchaus Stichproben und ein Whistleblower-System zur Meldung schwarzer Schafe unter den Mitbewerbern genügen. Sollten sich China, Indien etc. innerhalb der Übergangsfristen den europäischen Mindeststandards anpassen, so werden die entstehenden Mittelschichten dieser Länder vermehrt (für sie dann auch leistbare) Konsumgüter aus Europa nachfragen und so den Arbeitsmarkt innerhalb der EU beleben. Sollten diese Staaten solche Standards ablehnen, so wird die europäische Realwirtschaft – vor unfairer Dumping geschützt und damit "wettbewerbsfähig" – die Binnennachfrage abdecken mit ebenfalls positiven Beschäftigungsimpulsen. Da Billiglöhne keine künstlichen Standortvorteile mehr bringen, würden jedoch in vielen Fällen lokale Anbieter wegen der geringeren Transportkosten bevorzugt, was wiederum die verkehrsbedingte Umweltbelastung verringern würde. Man kann andere Teile der Welt nicht zu den viel beschworenen "europäischen Werten" zwingen, vielmehr müssen wir uns selbst konsequent an diese halten und die Menschenrechte und den Umweltschutz gemeinsam mit sich freiwillig ebenfalls dazu verpflichtenden Partnern verwirklichen. Dass die Wirtschaft gewisser Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt bedarf, weil sich sonst immer einige finden, die sich rücksichtslos bereichern, dürfte durch das gescheiterte neoliberale Experiment der letzten Jahrzehnte endgültig bewiesen sein. Nur wenn die breite Bevölkerung ihre eigene Güterversorgung unter fairen Rahmenbedingungen wieder weitgehend selbst hervorbringt, ist die kontinuierlich um sich greifende „Präkarisierung“ in Europa zu stoppen, denn die Billigimporte sind nur scheinbar günstig für den durchschnittlichen Bürger, in Wahrheit fällt dabei ein gewaltiger Gewinn an globale Investoren und dieser wird der lokalen Volkswirtschaft (Löhne, Sozialabgaben, Steuern etc.) entzogen.

Zur Begrenzung des Bedarfes an industriellen Konsumgütern ist überdies eine **EINDÄMMUNG DER GEPLANTEN OBSOLESZENZ** (in technischer als auch marketingbedingter Ausprägung) sowie die Förderung langlebigerer reparaturfreundlicherer bzw. leicht recyclebarer Produkte notwendig, und zwar einerseits, um die Abhängigkeit im Rohstoffsektor zu reduzieren, andererseits um die demographischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft (schrumpfender Anteil an Erwerbsfähigen, erhöhter Pflegebedarf) bewältigen zu können. Außerdem könnten durch eine neue Reparaturkultur die eher familienunfreundlichen Industriearbeitsplätze (mit Schichtarbeit etc.) in wertvollere Jobs im Kleingewerbe und Handwerk verlagert werden, ohne die erwähnte menschenverachtende Sklaverei und den enormen Raubbau an den Rohstoffen hervorgerufen, welche die derzeitige Wegwerfgesellschaft mit sich bringt. Sollte dabei wider Erwarten die Einsparung an Arbeit so groß sein, dass trotz fairem Welthandel und sich abzeichnender demographischer Verschiebungen, ein Arbeitskräfteüberschuss herrscht, so könnte dies dazu genutzt werden, das Pensionierungsalter vergleichsweise niedrig zu halten oder die Wochenarbeitszeit zu kürzen. (In den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es bereits ernsthafte Überlegungen zu einer 35-Stunden-Woche.) Bei einer entsprechenden Außenhandelspolitik der EU wären diese niedrigen (Lebens-)Arbeitszeiten solange „wettbewerbsfähig“, als keine Ausbeutung nötig ist, um den Wohlstand der Bevölkerung Europas zu garantieren. Derzeit ist es so, dass der internationale Wettbewerbsdruck ältere von Natur aus nicht mehr ganz so leistungsfähige Arbeitnehmer aus Arbeitsmarkt drängt. Volkswirtschaftlich gesehen verursachen die billigen rasch obsolet werdenden Importgüter enorme zusätzliche indirekte Kosten. Am günstigsten wäre es, wenn Standards gegen verfrühte Obsoleszenz noch rascher durchgesetzt werden könnten als die Sozial- und Umweltmindeststandards gegen Dumping. So könnten Engpässe in der Umbauphase der Wirtschaft vermieden werden. Leider, oder sollte man sagen: „In Folge einer höheren Gerechtigkeit“,

[*] ALLE (Importgüter) meint wirklich alle, also auch Rohstoffe und Agrargüter. Eine selektive Ausbeutung, wie sie vor der neoliberalen Phase existierte, sollte ebenso verboten sein. Dies erfordert allerdings auch den Umstieg auf langlebige, leicht reparierbare und recycelbare Konsumgüter, um einen Rohstoffmangel zu vermeiden. Auf diese Weise würden soziale Ungerechtigkeit und ökologischer Raubbau zumindest von Europa nicht mehr derart massiv finanziell gestützt, wie heutzutage. Die Mitschuld unseres Kontinents an den Missständen in der Welt ist ohnehin bereits gewaltig. Die Vorschläge dürfen daher nicht im Sinne eines traditionellen, nur einseitig Nutzen bringenden Protektionismus gedeutet und missbraucht werden.

ist jedoch davon auszugehen, dass Schwierigkeiten wegen internationaler Versuche, durch Sanktionen etc. die Europäer von diesem Weg abzubringen, auftauchen werden, obwohl es für Länder wie China langfristig besser wäre, ebenfalls auf eine Wohlstand-generierende Binnenversorgung mit möglichst langlebigen Konsumgütern zu setzen. Der Welthandel sollte sich auf den Ausgleich von unvorhergesehenen Produktions- und Nachfrageschwankungen (durch Katastrophen etc.) und einen ökologisch vernünftigen Austausch regionaler Spezialprodukte beschränken. Neben der vorzeitigen Obsoleszenz ist Werbung zur Erzeugung künstlicher Bedürfnisse, die ohne Manipulation nicht bestünden, zu begrenzen. Vielmehr sollte ein genügsamerer Lebensstil gefördert werden.

Um die Demokratie vor einem massiven, zum Teil versteckten Lobbyismus zu schützen, sind zu groß und einflussreich gewordener Konzerne, Banken etc. gemäß dem Grundsatz "DIVIDE ET IMPERA" nach einem neu zu formulierenden, in seinen gesellschaftspolitischen Zielen erweiterten KARTELLRECHT zu zerschlagen, wobei Aktien und Anteile per Los aufgeteilt werden könnten. Dies dient neben der Bewahrung vor plutokratischen Tendenzen, auch der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung eines funktionierenden Marktes mit Wettbewerb durch Verhinderung von Mono- und Oligopolen. Die Wirtschaftssubjekte müssen auf einer gegenüber der öffentlichen Gewalt, die die Spielregeln im Sinne des Allgemeinwohles festlegen sollte, unbedeutenden Größe gehalten werden.

Darüber hinaus sollten Unternehmensbeteiligungen einer 5 bis 10-jährigen Haltefrist unterliegen, innerhalb der sie nur unter enormen Strafabgaben weiterverkauft werden können. Alternativ könnte eine Finanztransaktionssteuer eingeführt und die Stimmrechte jener Eigentümer, die sich verpflichten, ihre Anteile mindestens fünf (vgl. etwa Vorstandsbestellungen über Aufsichtsrat) oder mehr Jahre zu halten, mit einem dieser Jahreszahl entsprechenden Faktor multipliziert werden. Dann wäre Schluss mit der Zockerei im Millisekundentakt und auf den Eigentümerversammlungen das Schielen auf den Tageskurs weniger dominant. Außerdem sollten europäische Unternehmen(steile) nur an europäischen Börsen gehandelt werden und strikt europäischen Regeln unterliegen. Eine steuerlich relevante Einbeziehung außereuropäischer Teile in die Gewinn- und Verlustrechnungen sollten nur sehr sehr eingeschränkt möglich sein.

Es sollte auch so etwas wie eine absolute Vermögensobergrenze geben, denn Menschen, die fleißiger oder schlauer sind, sollen durch ihre Leistungen zwar gewisse Vorteile erlangen können, weil ihr Einsatz unter entsprechenden Rahmenbedingungen ja allen zu Gute kommt, jedoch sind der Akkumulation von finanzieller Macht im Sinne des Schutzes der Demokratie auch Grenzen zu setzen, um die Entstehung einer versteckten Plutokratie hintanzuhalten. Leistungslose Einkünfte aus Bankguthaben, Wertpapieren, Mieten etc. sollen in der Regel der normalen Lohn- und Einkommensbesteuerung unterliegen.

Durch Kapitalverkehrsbeschränkungen und Schutz vor Wucherlizenzen im Bereich von Patenten oder anderem geistigen Eigentum sollte die europäische Wirtschaft notfalls gegen ein unfaires internationales Umfeld zusätzlich geschützt werden.

Warnende Mahnung^[]**

Die Verantwortlichen aber auch weitgehend passive überdurchschnittliche Nutznießer des ausbeuterischen gegenwärtigen Unrechtssystems sollten damit rechnen, dass sie nach einem früher oder später unausweichlich kommenden Zusammenbruch belangt werden. Falls sie bis dahin bereits hochbetagt sind, so wird man für geeignete geriatrisch ausgestattete Gerichtssäle und Gefängnisse sorgen müssen. Eine Sanktionierung wird jedoch wohl aus generalpräventiven Gründen leider erforderlich sein. Es geht nicht um eine Vergeltung der Verbrechen an den Arbeitssklaven der Niedriglohnländer oder gegen die Lebensressourcen zukünftiger Generationen der Menschheit. Es muss einfach unmissverständlich gezeigt werden, dass sich solches Verhalten auf lange Sicht nicht lohnt.

Deshalb muss gegebenenfalls auch von den Erben der eben Erwähnten (z. B. Kinder, Enkel, Urenkel) das durch Unrecht zustande gekommene Vermögen zurückgefordert werden, auch wenn sich diese persönlich nichts zu schulden kommen lassen haben. Dies ist nicht unfairer als die heutige Situation, in der Nachkommen von Billiglohnarbeitern oder sonst verarmten Eltern benachteiligt sind. Wer seinen Kindern und Enkelkindern eine gute Zukunft bereiten will, muss sich eben für eine gerechte und ökologisch nachhaltig lebende Gesellschaft einsetzen.

[**]Die Globalisierungseliten scheinen leider nur die Sprache der Angst zu verstehen, konkret jener Angst, aus der sie für sich und ihre Nachkommen immer mehr (Kontroll-) Macht und Vermögen an sich zu reißen suchen. Vielleicht hat jemand eine bessere Idee, wie man diese Menschen zur kooperativen Mitarbeit an einer besseren Welt bewegen kann.

Einige Forderungen

- * Finanztransaktionssteuern und andere Bestrafung spekulativer Kurzzeitinvestitionen.
(Entschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit im Finanzsektor, Investoren sollen in Eigentümerversammlungen zu nachhaltigeren Unternehmensstrategien animiert werden.)
- * Vermögenssteuern mit hohen Freigrenzen aber danach progressivem Verlauf und absolute Vermögensobergrenzen mit Enteignung des darüber Liegenden.
(Einerseits demokratiepolitische Maßnahme, um plutokratische Einflussnahme zu erschweren, anderseits Umverteilung zur Entlastung des verschuldeten öffentlichen Haushaltes und zur Stärkung von Klein- und Mittelstand.)
- * Zerschlagung von Konzernen mit einem demokratiepolitisch begründeten neuen Kartellrecht.
(Dient ebenfalls der Bewahrung vor plutokratischen Tendenzen, aber auch der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung eines funktionierenden Marktes mit Wettbewerb durch Verhinderung von Mono- und Oligopolen. Die Wirtschaftssubjekte müssen auf einer gegenüber der öffentlichen Gewalt, die die Spielregeln im Sinne des Allgemeinwohles festlegen sollte, unbedeutenden Größe gehalten werden.)
- * Hohe Sozial- und Umweltmindeststandards für alle Produkte und Dienstleistungen in der EU und mit Übergangsfristen auch für alle Importe.
(Verhinderung der Ausbeutung von Menschen in Billiglohnländern, aber auch des damit verbundenen Dumpings unserer Standards. Vermeidung der Abhängigkeit von Industrieproduktion unter problematischen politischen und ökologischen Rahmenbedingungen.)
- * Eindämmung der geplanten Obsoleszenz, sowohl in ihrer technischen als auch marketingbedingten Form, da sie Umwelt und Verbraucher mehr schadet als nützt. Einschränkung von Werbung zur Erzeugung künstlicher Bedürfnisse, die ohne Manipulation nicht existieren würden.
(Reduktion der Ressourcenverschwendung aus Nachhaltigkeitsgründen. Verringerung der Abhängigkeit von begrenzten, in Zukunft eventuell vermehrt umkämpften Rohstoffen. Nachhaltige Verringerung des Bedarfes an Industrieproduktion und damit des Arbeitsbedarfes ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. Dies ist auch aus demographischen Gründen notwendig, welche nicht nur eine Verringerung der Zahl der Erwerbstätigen durch Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung, sondern auch einen damit verbundenen erhöhten Pflegebedarf implizieren. Trotzdem wäre die Revitalisierung des Reparaturhandwerkes mit der Schaffung im Hinblick auf die Lebensqualität wertvoller Arbeitsplätze verbunden.)

Suggestions for a Sustainable Reorganization of the European Economy

The almost unconditional liberalization of world trade led to a partial deindustrialization in Europe on the one hand and to an outsourced production under to some extent slave-like conditions in so-called low-wage countries on the other hand. The underlying current trade regulations also enforce an insidious social dumping, which slowly ruins a previously established broad middle class in Western Europe under the demagogic slogan of 'competitiveness'. In the seventies of the twentieth century even an unskilled laborer in Germany or Austria could get along very well with a family of four as a sole earner. This is almost unthinkable now, although improvements ought have been expected by technological achievements since then. The current situation could have been avoided, if the reduction of trade barriers and tariffs since the eighties of the last century would have been linked to obligatory social and ecological minimum standards.

Finally high uniform ethical social and ecological minimum standards for all products^[*] traded within the inner-European market should be established, no matter whether they were produced inside or outside the Union. Realistically this can only be implemented with transitional periods. A sufficient control of compliance with respect to the political economy could be limited to random sampling and a whistle-blower system, which facilitates the denunciation of black sheep among the competitors. Would China, India etc. adapt European minimum standards within the transitional periods, the emerging middle class of these countries would increasingly be able to request consumer goods from Europe and invigorate the labor market within the EU. Should these countries reject such standards, the European economy – protected from unfair dumping and thus 'competitive' – could supply the domestic demand, what also would stimulate employment. However, since low wages bring no artificial advantages anymore, in most cases local providers would be favored due to lower transport cost, which in turn would reduce traffic-related pollution. We can not force other parts of the world to respect the frequently invoked 'European values', rather we should comply with them ourselves and actualize human rights and environmental protection together with voluntary partners. That economy needs certain regulations for the protection of humans and environment, is already proved by the failure of the neo-liberal experiment during the past decades, because there are always some people, who ruthlessly enrich themselves otherwise. Only if the local population substantially produces its own supply under fair conditions again, the constant spreading of precarity in Europe can be stopped. Cheap imports are only seemingly favorable for the average citizen, as a huge part of the profit goes to global investors and this deprives the local economy of wages, social security contributions, taxes, etc.

To limit the requirements of industrial consumer goods, a serious containment of planned obsolescence (in technical and marketing-related forms) is necessary as well as the promotion of durable, repair-friendly and easily recyclable products. This would reduce the demand for non-renewable raw materials on the one hand and allow to meet the demographic challenges of an aging society (shrinking of working population part, increased need for elderly care) on the other hand. Besides, rather family-unfriendly industry employment (with shift work, etc.) could partly be replaced by more valuable jobs in small businesses and crafts by a new culture of repair, without inhuman slavery or the massive exploitation of the raw materials, which are accompanying the current throwaway society. If – contrary to my expectations – the saving of work, despite fair world trade and emerging demographic shifts, generates a manpower surplus, this could be used to keep a relatively low retirement age or to shorten the work week. (In the eighties of the last century, there were already serious considerations for a 35-hour work week.) Provided an appropriate trade policy of the EU, this short (life) work time would be 'competitively viable' as long as, as no exploitation is necessary to secure an adequate supply of the population in Europe. Today international competition is crowding out elderly, naturally not so productive workers from labor market. Rapidly obsolete and cheap import goods cause enormous additional indirect costs. In respect of European prosperity it would be better if measures against rapid obsolescence could be implemented more quickly than social and ecological minimum standards against dumping. Thus, bottlenecks in the reconstruction phase of the economy could be avoided. Unfortunately or should I say: 'Due to a higher justice', one has to anticipate difficulties owing to international attempts to allure the Europeans from this path by sanctions etc., although in the long term it also would be better for countries such as China to switch to a wealth-generating domestic supply with durable consumer goods. World trade should be limited to compensations for unforeseen fluctuations in demand and production (through disasters etc.) and an ecologically acceptable interchange of regional specialties. In addition advertising, which generates artificial demands that wouldn't exist without such manipulation, should be combated. On the contrary, a more frugal lifestyle should be promoted.

[*] ALL (imports) really means all, including raw materials and agricultural goods. A selective exploitation, as it existed prior to the neo-liberal phase should be prohibited as well. However, this requires the transition to long-lasting, easily repairable and recyclable consumer goods in order to avoid a shortage of raw materials. By the implementation of such rules at least Europe would no longer financially support social injustice and ecological devastation to the massive extent of present days. The complicity of our continent to crimes in this context is already bad enough. Therefore the suggestions are not to be interpreted and abused for a traditional, just unilaterally advantageous protectionism.

To protect democracy from a massive partly hidden lobbying, corporations etc., which are too big or have too much influence, should be divided in accordance with the principle of "DIVIDE ET IMPERA". Stocks and shares should be distributed to the enterprise parts by lottery. For this purpose a new antitrust law with sociopolitical aims should be implemented. In addition to the preservation from plutocratic tendencies this would maintain or restore a market with efficient competition by preventing mono- or oligopolies. Economic entities must be constrained to an insignificant size compared to the power of political authorities, who should set economic rules exclusively in accordance with the general public interest.

Moreover, investments should be subject to a 5 up to 10-year long binding period, within which they can only be resold with enormous penalty charges. Alternatively, a financial transaction tax could be introduced and the voting rights of those owners, who commit themselves to keeping their shares at least five (cf. e. g. the appointment of the executive board by the supervisory board) or more years, should be multiplied by a factor corresponding to this number of years. Then gambling at millisecond intervals would have an end and glances at the current quotations would be less dominant during shareholder meetings. In addition European shares should be traded only on European stock exchanges and subjected to strict European rules. A tax-relevant involvement of non-European enterprise parts within the profit and loss account should be confined to an almost negligible extent.

People who are more diligent or smarter should be able to gain some benefits by their commitment, because under appropriate social conditions their achievements serve the whole human community. But in order to avoid disproportionate influence, which endangers democracy, there must be an absolute asset limit. Effortless income from bank deposits, stocks, rents etc. usually should be subject to the normal wage and income taxation.

If necessary, the European economy should be protected against an adverse international environment by restrictions on capital transactions and confinements of profiteering in the field of patent or other intellectual property licenses.

Warning^[]**

All responsible leaders but also other vastly above-average profiteers of the present exploitative unfair system have to expect that they will be prosecuted after a sooner or later inevitably coming collapse. If those people are already very old at that time, courtrooms and prisons equipped properly for geriatrics will be necessary. Unfortunately, sanctions against them will be indispensable for general preventive reasons. It's not about retaliation of crimes against the slave laborers of low-wage countries or against the living resources of future generations of mankind. It simply must be made clear once and for all that such behavior is not worthwhile in the long run.

For the same deterrent effect illegitimately gained assets must be reclaimed from the heirs of the aforementioned system participants (e.g. children, grandchildren, or great-grandchildren), even if those personally did nothing wrong themselves. This is not more unfair than the disadvantages, today's descendants of low-wage workers or otherwise impoverished parents are suffering. If one really wants to prepare a good future for his or her children and grandchildren, he or she has to work for a just and ecologically sustainable living society.

[**]Unfortunately, the globalization elites seem to understand only the language of fear, specifically that fear, which let them try to seize more and more power (of controlling) and wealth for themselves and their descendants. Maybe someone has a better idea, how to induce these people to participate cooperatively in building a better world.

Some political claims

* Financial transaction taxes and punishment of speculative short term investments.

(Slow down of the velocity in the financial sector, investors should be encouraged to more sustainable strategies in shareholder meetings.)

* Property taxes with high exemption limits, but progressive increase above and an absolute asset limit with expropriation of the exceeding wealth.

(Prevention of plutocratic influence. Redistribution in order to relieve the indebted public budget and empower the lower and middle class.)

* Unbundling of major corporations with a democratically justified new antitrust law.

(Protecting democracy against plutocratic tendencies. Maintenance or restoration of a market with efficient competition by prevention of mono - and oligopolies.)

* High social and ecological minimum standards for all products and services within the EU, after transitional periods also for all imports.

(Prevention of exploitation of people in low-wage countries. Enhanced resilience against dumping attacks on the European welfare system. Avoidance of European addiction to industrial production under politically perilous and ecologically doubtful conditions.)

* Rigorous containment of planned obsolescence, in technical and marketing-related forms. Abatement of advertising, which generates artificial demands that wouldn't exist without such manipulation.

(Reduction of resource wasting for ecological reasons. Reduced dependency on non-renewable raw materials, which might be even reasons for war in future. Sustainable reduction of industry production demand in respect of demographic requirements, which not only imply a general reduction of the employment rate by changes in the age structure of the population, but also an increased need for elderly care. Yet still, measures in this context would lead to a revitalization of repair crafts accompanied by the creation of valuable jobs.)